Berlin, den 22. Oktober 2026

Sehr geehrte Frau Çağlar, sehr geehrte Frau Eralp, sehr geehrter Herr Evers, sehr geehrter Herr Graf, sehr geehrte Frau Jarasch, sehr geehrter Herr Krach, sehr geehrter Herr Schulze,

Die direkte Demokratie in Berlin braucht ein Update: die Zulassung von digitalen Unterschriften als zusätzliche Möglichkeit zur Unterstützung von Volksinitiativen und -begehren.

Viele der Ziele, für die Sie sich stark machen, werden hierdurch erreicht: Entbürokratisierung, Entlastung der öffentlichen Finanzen, Digitalisierung und die Teilhabe aller am politischen Meinungsbildungsprozess. Es gibt auch bereits ein Konzept der Innenverwaltung dafür. Leider kam es bisher nicht zu einer politischen Einigung.

Aus eigener Erfahrung wissen wir: Der Zwang zur Papierunterschrift ist nicht mehr zeitgemäß und wirkt auf viele Menschen irritierend. Menschen können ihren Wohnsitz in Berlin per eID anmelden und erhalten damit das Recht, in Volksentscheiden abzustimmen. Aber eine Unterstützungsunterschrift dafür zu leisten, dass ein Thema überhaupt zur Abstimmung in einem Volksentscheid kommt, das ist nur traditionell auf Papier möglich.

Wir appellieren deswegen: Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass das Berliner Abstimmungsgesetz in der nächsten Legislatur endlich um die digitale Eintragung ergänzt wird!

Direkte Demokratie als ergänzendes Instrument zu den parlamentarischen Verfahren leistet einen wichtigen Beitrag gegen Demokratieverdrossenheit. Sie sollte darum auch Teil der Digitalisierungsstrategie des Landes sein.

Die digitale Unterschrift bietet viele Vorteile:

- Die ergänzende digitale Eintragung wäre ein Beitrag zur Absenkung von Barrieren. Papierunterschriften halten Menschen von demokratischer Beteiligung ab. Für Menschen mit Mobilitätseinschränkung oder wenig Zeit stellen sie eine zusätzliche Hürde dar. Sie schaffen es oft nicht zum Bürgeramt und können sich nicht darauf verlassen, dass sie auf der Straße Aktivist*innen mit Unterschriftslisten begegnen werden.

- Digitale Eintragungen entlasten die Verwaltung bei der Prüfung personell und finanziell. Sämtliche Unterschriften müssen bisher von Verwaltungsangestellten erfasst, zum Teil mühsam entziffert und mit den Meldedaten abgeglichen werden. In der Vergangenheit fiel oftmals die Überprüfung der Unterschriften auch noch mit der Vorbereitung von Wahlen zusammen. Die digitale Eintragung in Kombination mit der elektronischen Signatur des Personalausweises wurde von der Senatsverwaltung für Inneres bereits erprobt. Diese verspricht sich davon eine deutliche Entlastung bei der Unterschriftenprüfung. Auch die monetäre Belastung würde erheblich reduziert. Eine kleine Anfrage der CDU-Fraktion vom Juli 2022 ergab, dass jede geprüfte Papierunterschrift das Land Berlin 2 Euro kostet. Bei einem Quorum von 175.000 Unterschriften zuzüglich ungültiger Unterschriften sind das mindestens 400.000 Euro pro erfolgreichem Volksbegehren.

- Die digitale Eintragung reduziert die Zahl ungültiger Eintragungen. Das analoge Verfahren produziert in Berlin bislang einen hohen Anteil ungültiger Unterschriften (15–20 Prozent). Mit der ergänzenden elektronischen Eintragung wäre die Unterstützung weniger fehleranfällig, denn Unterstützungsbekundungen könnten automatisiert sofort mit dem Melderegister abgeglichen werden. Auch besteht nicht die Gefahr, dass Unterschriften wegen mangelnder Lesbarkeit ungültig sind.

- Digitale Eintragungen sparen Ressourcen und Geld. Denn hierdurch würden auch die Unmengen von Papier reduziert, die bisher bedruckt werden müssen.

Kurz: Die digitale Eintragung wäre ein Beitrag zur Modernisierung der direkten Demokratie, zur Entlastung der Berliner Verwaltung und zur Ressourcenschonung. Die Einführung der ergänzenden digitalen Eintragung für Volksinitiativen und -begehren sollte im Koalitionsvertrag stehen und in der kommenden Legislaturperiode beschlossen werden!

Unterzeichnende Initiativen und Vereine:

Gesellschaft für Klima und Demokratie e. V.
innn.it e. V.
Liquid Democracy e. V.
Mehr Demokratie e. V. Landesverband Berlin-Brandenburg

und die Volksinitiativen

Baumentscheid, Deutsche Wohnen & Co Enteignen, Expedition Grundeinkommen der Vertrauensgesellschaft e.V., Klimaneustart Berlin, Klimanotstand Berlin, Lautwerden für Bildung, NOlympia, Schule muss anders, Verkehrsentscheid Berlin, Berliner Wassertisch, Berlin Werbefrei